

Vorhabendokumentation: Bundesregierung will geplante Gesetze geheim halten, wir veröffentlichen sie trotzdem

von [Andre Meister](#) am 07. August 2014, 15:15 in [Informationsfreiheit](#) / [4 Kommentare](#)

Die Bundesregierung hat eine interne Liste mit fast 100 Gesetzen und anderen geplanten Vorhaben für diese Legislaturperiode. Unsere Anfrage nach Informationsfreiheitsgesetz wurde abgelehnt, weil eine Offenlegung die "ungestörte interne Meinungsbildung" gefährden würde. Wir haben das Dokument trotzdem erhalten und veröffentlichen die vollständige Vorhabendokumentation.

Die Bundesregierung hat ein technisches Informationssystem, in das die Ressorts melden, welche Gesetze und andere Maßnahmen sie so vorhaben. Daraus wird dann jeden Monat automatisch eine "Vorhabendokumentation" erstellt. In eigenen Worten:



"Offenlegung gefährdet ungestörte interne Meinungsbildung": Kabinetttisch der Bundesregierung. Bild: Kühler.

Die Vorhabendokumentation (VD) stellt eine Auswahl bedeutsamer Vorhaben der Bundesregierung dar und soll den Ressorts einen Überblick über den aktuellen Planungs- und Umsetzungsstand der Regierungspolitik während der Legislaturperiode ermöglichen. Die VD basiert auf den Vorhabenmeldungen der Ressorts für das im Bundeskanzleramt geführte datenbankgestützte Informationssystem zur Vorhabenplanung der Bundesregierung und wird in monatlichen Fortschreibungen (jeweils zum 15.d.M.) aktualisiert.

Die VD spiegelt insbesondere die in der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung festgelegten Schwerpunkte der Regierungsarbeit wider und enthält darüber hinaus Vorhaben von besonderer politischer oder finanzieller Bedeutung.

Dieses Dokument wollten wir haben und haben sie [bei FragDenStaat angefragt](#). Jetzt kam unsere neueste [Informationsfreiheits-Ablehnung des Tages](#):

Die Vorhabendokumentation enthält einen umfassenden Überblick über sämtliche von der Bundesregierung geplanten Gesetzesvorhaben und sonstigen Projekten. Sie begleitet den fortlaufenden Beratungsprozess innerhalb der Bundesregierung und wird ständig aktualisiert und angepasst.

*Die Offenlegung der Vorhabendokumentation **beeinträchtigt** die mit dem Initiativrecht der Bundesregierung untrennbar verbundene „**Planungshoheit**“ der Bundesregierung in dem Sinne, dass **die ungestörte interne Meinungsbildung ohne äußere Einflussnahme in einem frühen Stadium der Projekte gefährdet würde.***

Wenn die Öffentlichkeit Bescheid weiß, könnte die Regierung ja ihre Meinung ändern müssen!

Die vollständige Liste der Verweigerungsgründe ist:

- § 3.3.b: die Beratungen von Behörden werden beeinträchtigt
- § 4: Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses
- § 3.4: die Information einer durch Rechtsvorschrift oder durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen geregelten Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflicht oder einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis unterliegt

Glücklicherweise sind gnädige Behörden, die freiwillig Informationen “befreien”, nicht die einzige Quelle für Medien. Daher freut es uns, dass wir das Dokument mittlerweile auch anderweitig erhalten haben. An dieser Stelle veröffentlichen wir die vollständige [Vorhabendokumentation der Bundesregierung \(Auswahl\) – Stand 23. Juni 2014](#) (PDF).

Auf 104 Seiten werden darin 97 Gesetze und Verordnungen aufgeführt, die demnächst erstellt und verabschiedet werden sollen. Auf je einer Seite ist das federführende Ressort, eine Datenblatt-Nummer, eine Kurzbeschreibung und ein Zeitplan angegeben, sowie Platz für Anmerkungen. Hier die Titel der Vorhaben der Bundesregierung, netzpolitische relevante in fett:

- 3. Nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan (NEEAP)
- 49. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
- Abschlussbericht St-Ausschuss “Inanspruchnahme der Sozialsysteme durch EU-Bürger”
- Achte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Maler- und Lackiererhandwerk
- BAföG-Novelle
- **Bericht zur Weiterentwicklung der Hightech-Strategie zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie**
- Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der “United Nations Interim Force in Lebanon” (UNIFIL)
- **Breitbandstrategie 2.0 (Arbeitstitel)**
- Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2014/2015
- **Eckpunkte Digitale Agenda 2014-2017**

- Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung des Grundsatzes der Tarifeinheit
- Einführung einer Pkw-Maut (Arbeitstitel)
- Einrichtung eines Sachverständigenrates für Verbraucherfragen
- Elektromobilitätsgesetz (Arbeitstitel)
- Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)
- Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR
- Ergänzung personalrechtlicher Bestimmungen im SGB II
- Fortschrittsbericht "Energie der Zukunft"
- Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds (Fünftes SGB XI-Änderungsgesetz – 5. SGB XI-ÄndG)
- Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst
- Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 27. November 2008 über die Adoption von Kindern (revidiert)
- **Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2003 gegen Korruption**
- Gesetz zu dem Übereinkommen vom 21. Mai 2014 über die Übertragung von Beiträgen auf den einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge
- Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte
- Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
- Gesetz zur Bekämpfung der Korruption
- Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr
- Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz – MietNovG)
- Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus und weiterer Regelungen zur Weiterentwicklung des Elterngeldes und der Elternzeit
- Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer
- Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen
- Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung
- Gesetz zur Neuregelung unterhaltssicherungsrechtlicher Vorschriften und zur Änderung anderer Gesetze
- Gesetz zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen
- Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr
- Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie
- Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Vertretung in der Berufungsverhandlung und über die Anerkennung von Abwesenheitsentscheidungen in der Rechtshilfe

- Gesetz zur Teilauflösung des Sondervermögens "Aufbauhilfe" und zur Änderung der Aufbauhilfefeuerordnung
- Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/99/EU über die Europäische Schutzanordnung, zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 606/2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen und zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/11/EU über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (RL ADR) und zur Durchführung der Verordnung Nr. 524/2013 über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (VO ODR)
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates
- Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages
- **Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von Verbraucherschützenden Vorschriften des Datenschutzrechts**
- Gesetz zur Verbesserung von Qualität und Versorgung im Gesundheitswesen
- Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings
- Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz – GKV-FQWG)
- Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften des Energiewirtschaftsrechts
- Gesetz zur Änderung der Liste der Finanzhilfeeinstrumente des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)
- Gesetz zur Änderung des Aktienrechts (Aktienrechtsnovelle 2014)
- **Gesetz zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze**
- Gesetz zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes
- Gesetz zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes (Arbeitstitel)
- Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU sowie weiterer Vorschriften
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens**
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG-AndG)
- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91 b)
- Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
- Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht

- Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes (UIG)
- Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes
- Gesetz zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik- Direktzahlungen-Durchführungsgesetz (DirektZahlDurchfG)
- Gesetz zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen
- Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung
- Gesetz über Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, finanzielle Leistungen und Unterstützungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland als Gaststaat internationaler Einrichtungen (Gaststaatgesetz, GstG)
- Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 sowie Finanzplan 2014 bis 2018
- Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (2. RegE)
- **Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen**
- Haushaltsbegleitgesetz 2014
- **Klarstellung der Haftungsregelungen für WLAN-Betreiber**
- Novelle Luftverkehrsgesetz (Arbeitstitel)
- Nutzerfinanzierung im Bereich Straße — Weiterentwicklung der Lkw-Maut (Arbeitstitel)
- Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung
- Präventionsgesetz
- Siebte Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung
- **Strategie Intelligente Vernetzung**
- Strommarktdesign (Arbeitstitel)
- Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2014
- Verordnung zur Neuregelung des gesetzlichen Messwesens
- Verordnung zur transparenten Ausweisung staatlich gesetzter Preisbestandteile in der Strom- und Gasgrundversorgung
- Verordnung zur Änderung der Systemstabilitätsverordnung
- Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben
- **Verordnung über den Einbau und die Administration intelligenter Messsysteme**
- Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5c des Gemeindefinanzreformgesetzes
- Verordnung über die Steuerung unterbrechbarer Verbrauchseinrichtungen in Niederspannung
- **Verordnung über technische Mindestanforderungen an den Einsatz intelligenter Zähler (MSysV)**
- Zweite Verordnung zur Änderung der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (EnVKV)

- Zweite Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
- Zweiter Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft"
- **Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes – Stärkung der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht im Bund durch Errichtung einer obersten Bundesbehörde**
- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes
- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds"
- **Zweites Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes**
- Zwölftes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
- **Änderung Frequenzverordnung (FreqVO) (Arbeitstitel)**

Über fast alle der netzpolitisch relevanten Vorhaben haben wir bereits berichtet.

Da dies die Version aus dem Juni ist, die Zusammenstellung aber monatlich erstellt wird, hätten wir gerne noch die Version aus dem Juli (und alle weiteren), um Weiterentwicklungen und Änderungen vergleichen zu können. Einsendungen gerne [über die üblichen Kanäle](#) entgegen.

Eine Fleißarbeit wäre, diese Vorhabendokumentation mit dem [Koalitionsvertrag](#) und bisher erfolgten Gesetzen abzugleichen. Hinweise und weitere Funde nehmen wir gerne in den Kommentaren entgegen.



Tags: [Bundesregierung](#), [FDS](#), [fragdenstaat](#), [Gesetze](#), [ifg](#), [IFG des Tages](#), [Informationsfreiheit](#), [Ressorts](#), [Vorhabendokumentation](#)

Anzeige:

Mit Linux fing alles an. Heute gibt's über 100 Schulungen zu Freier Software und allem, was daraus entstanden ist. [Linuxhotel](#), auf dem Felsen über der heute sauberen Ruhr.

ÜBER DEN AUTOR

Andre

Andre begleitet netzpolitik.org seit seinen Anfängen und bloggt seit 2007 mehr oder weniger regelmäßig mit. Seit 2012 ist dieses Hobby auch sein Beruf. Er hat in Berlin Sozialwissenschaften studiert und auch dort netzpolitische Themen bearbeitet. Er begleitet diverse netzpolitische

Zusammenhänge wie AK Vorrat, AK Zensur und CCC. Den Digitale Gesellschaft e.V. hat er auch mitgegründet. Außerdem arbeitet er als System-Administrator. Kontakt Mail: andre@netzpolitik.org (OpenPGP) Twitter: [@andre_meister](https://twitter.com/andre_meister) Telefon: +49-30-92105-987 (zu Arbeitszeiten)

4 KOMMENTARE

Joachim 7. AUG 2014 @ 15:42

Die Verweigerungsgründe erscheinen mir einer Demokratie unwürdig. Es geht nicht um den "Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses", wenn es um (100!) Gesetze geht. Demokratie lebt von der Einmischung. Wer die Auseinandersetzung des Bürgers mit den Vorhaben der Regierung in einem Gesetzgebungsprozess verhindert, der handelt nicht mehr im Geist der Verfassung.

Maximilien de Robespierre rechtfertigte 1794 die Verhaftung von Danton:

„Ich behaupte, daß, wer immer in diesem Augenblick zittert, schuldig ist, denn die Unschuld hat von der öffentlichen Überwachung nichts zu befürchten.“

Wollen wir (oder sie) es wirklich so weit kommen lassen?

[Antworten](#)

Michael 7. AUG 2014 @ 15:52

Natürlich, Einblick kriegen nur Lobbyisten mit dem nötigen Kleingeld. Wir Normalos verstehen doch diese Sachen gar nicht.

[Antworten](#)

w. steffen 7. AUG 2014 @ 16:12

Wenn die Öffentlichkeit Bescheid weiß, könnte die Regierung ja ihre Meinung ändern müssen!dieser satz sagt doch genug..... die regierung hat sich nach der öffentlichkeit zu richten, sie wurde ja auch von der " öffentlichkeit " gewählt, sie aber richtet sich nach den lobbyisten.

an den bürgern hat der selbstverorgerverein kein interesse. das primäre ziel der regierungs u. bundestagsmitglieder ist, sich selbst die taschen zu füllen....sich zu versorgen.. aus diesem grunde nehme ich mein wahlrecht auch nicht mehr wahr.

[Antworten](#)

Michael 7. AUG 2014 @ 16:24

Das sieht ja für unsere Volksvertreter richtig nach Arbeit aus. Ob sich das auf die Nebeinkünfte im Rest des Jahres auswirkt?

[Antworten](#)

